

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Ratsversammlung vom 21.11.2024

TOP
11.23

Betreff

Kiel ist goldrichtig – Olympiabewerbung unterstützen
Referat des Dezernats IV
(öffentlich)

Drucksache
1355/2024

Ratsherr Fabian Voß (AfD) stellt den Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Wirtschaft und Digitalisierung, den Ausschuss für Schule und Sport sowie in den Hauptausschuss mit anschließender endgültiger Beschlussfassung durch die Ratsversammlung.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung in die o.g. Ausschüsse:
Mit Mehrheit abgelehnt – bei Ja-Stimmen von AfD und Ratsherrn Ansgar Stalder (dieBasis)

Beschluss:

Im Jahr 2025 entscheidet die Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) voraussichtlich darüber, ob sich Deutschland um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2036 oder 2040 bewirbt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel sind sich einig, dass die Stadt Kiel sich als hervorragend geeigneter Austragungsort für die Disziplinen Segeln, Coastal Rowing (Küstenrudern) und Freiwasserschwimmen bewerben soll.

Gemeinsam bekräftigen der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Kieler Ratsversammlung ihre Unterstützung der Olympia/Paralympics-Bewerbung Deutschlands und der Bewerbung Kiels für die Austragung der Küstensportarten und ihre Orientierung an den Leitlinien des IOC, der Wahrung der Integrität des Sports sowie des Prinzips der Nachhaltigkeit.

Vor diesem Hintergrund beschließen der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel folgende Eckpunkte:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landeshauptstadt Kiel unterstützen ausdrücklich eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele mit dem Segelstandort Kiel.
2. Die Landesregierung und die Stadt Kiel werden gebeten, dem Landtag und der Ratsversammlung im Zuge der Bewerbungsphase ein erstes Konzept für die Olympischen und Paralympischen Wettbewerbe vorzulegen. Darüber hinaus soll frühzeitig im Verfahren geprüft und geklärt werden, wie die erforderlichen Mittel für die Olympischen und Paralympischen Spiele bereitgestellt werden könnten.
3. Die Landesregierung wird gebeten, in dem Konzept gemeinsam mit der Stadt Kiel und ggf. unter Hinzuziehung wissenschaftlicher und bürgerschaftlicher Kompetenzen Ideen zu entwickeln, wie die Gesamtgesellschaft vom Start der Bewerbungsphase bis zu den Spielen im Jahr 2036 oder 2040 und darüber hinaus profitieren kann und der Meeresschutz während der Spiele angemessen berücksichtigt wird. Hierbei sind u.a. die Bereiche Bildung, Kultur, Wirtschaft, Forschung und Lehre, die Religionen und insbesondere der organisierte Sport zu berücksichtigen.
4. Die strikte Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und der Agenda 2020 des IOC muss stets betont und konsequent umgesetzt werden. Die Wieder- und Weiterverwendung aller nötiger baulicher Maßnahmen sind entscheidend. Hierbei sollten insbesondere Unterkünfte für die Spiele anschließend als bezahlbarer Wohnraum genutzt werden. Neue Infrastruktur soll darüber hinaus möglichst klimaneutral errichtet werden. Die Bundesregierung, der Deutsche

Olympische Sportbund und alle potenziellen Austragungsorte werden aufgefordert, mit der Bewerbung die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit der Bewerbung und bei der Austragung der Spiele in den Fokus zu rücken. Die Umsetzung einer konsequenten Barrierefreiheit, ein sicherer Sport und die Einhaltung der Rechte und Pflichten von Athletinnen und Athleten sowie des Trainings- und Betreuungspersonals sind von besonderer Bedeutung und einzuhalten. Eine gute Erreichbarkeit der Spielstätten für alle Interessierten spielt hierbei eine besonders wichtige Rolle, hierzu werden klimaneutrale Mobilitätsangebote in Kiel angestrebt.

5. Der Landtag steht der Austragung weiterer Sportarten auf schleswig-holsteinischem Landesgebiet im Rahmen Olympischer und Paralympischer Spiele in Deutschland offen gegenüber und würde entsprechende Möglichkeiten ebenfalls positiv begleiten. Der Landtag bittet daher die Landesregierung zu prüfen, ob und inwiefern weitere Sportarten auf Landesgebiet in Frage kommen.

6. Die Landesregierung und die Stadt Kiel werden gebeten, die Mitglieder des Landtages und der Ratsversammlung fortlaufend über das weitere Verfahren der Olympiabewerbung zu unterrichten.

Abstimmung:

Mit Mehrheit beschlossen – bei Gegenstimmen von DIE LINKE/Die PARTEI, AfD und Rats-
herrn Ansgar Stalder (dieBasis)

Zuständigkeit: Dez. IV R